

ANHÖRUNG DER ENQUETEKOMMISSION II „KRISEN- UND NOTFALLMANAGEMENT“ AM 28. JUNI 2024

zum Thema „Krisen- und Notfallmanagement im Kontext von Klimawandel (vulnerable Gruppen)“

Der Landesjugendring NRW bedankt sich für die Einladung zur Anhörung der Enquetekommission II „Krisen- und Notfallmanagement“ am 28. Juni 2024 zum Thema „Krisen- und Notfallmanagement im Kontext von Klimawandel (vulnerable Gruppen)“ und für die Möglichkeit, schriftlich Stellung zu beziehen. Als Arbeitsgemeinschaft von 26 landesweit tätigen Kinder- und Jugendverbänden in NRW kommen wir gerne Ihrer Anfrage nach und beantworten den Fragenkatalog der Enquetekommission aus der Perspektive von jungen Menschen und der Jugendverbandsarbeit.

1. Haben Sie einleitend Anregungen, die Sie uns für die Arbeit in der Enquetekommission geben möchten?

Kinder und Jugendliche sind eine besonders gefährdete Bevölkerungsgruppe, die im Krisen- und Katastrophenfall besonderen Schutz benötigt. Körperlich und psychisch sind junge Menschen, insbesondere Kinder, meist anfälliger für die Gefahren (körperliche Verletzung, Krankheiten, psychische Belastung), die durch Krisen und Katastrophen im Kontext des menschengemachten Klimawandels bestehen. Bei der Erarbeitung von Maßnahmen, in der Kommunikation und bei Prozessabläufen des Katastrophenmanagements muss diese Gruppe besonders mitgedacht, aber vor allem auch aktiv zur Partizipation aufgefordert werden. Innerhalb der Gruppe junger Menschen gibt es darüber hinaus bestimmte Personengruppen, die mehrfach marginalisiert und damit vulnerabler sind als andere. Auf diese Gruppen werden wir in den folgenden Fragen detaillierter eingehen.

2. Welche Anforderungen ergeben sich für das Krisen- und Notfallmanagement, um Personen in vulnerablen Situationen während Krisen und Katastrophen adäquat zu schützen?

Die Beteiligung junger Menschen als vulnerable Personengruppe an der Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen des Krisen- und Notfallmanagements ist essenziell. Junge Menschen sind Expert_innen ihres eigenen Lebensumfelds und können aus erster Hand von Bedürfnissen, aber auch Herausforderungen berichten. Ihre Anliegen und Einschätzungen sollten ernst genommen werden. Im Falle bestehender Best-Practice-Beispiele aus anderen Ländern könnte es ratsam sein, diese auf NRW anzupassen und gegebenenfalls zu übernehmen.

3. Welche kurz- oder langfristigen Strategien oder auch politische Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach erforderlich, um die Partizipation von vulnerablen Gruppen am Krisen- und Notfallmanagement zu steigern und sicherzustellen, dass ihre Bedürfnisse und Anliegen angemessen berücksichtigt werden?

Junge Menschen müssen bei der Erarbeitung von Maßnahmen des Krisen- und Notfallmanagements einbezogen werden. Als Expert_innen ihres Lebensumfelds können sie geeignete Kommunikationsmethoden sowie die Effektivität von Maßnahmen mit Bezug auf junge Menschen besser beurteilen. Geeignete Formate zur Einbeziehung junger Menschen können neben Jugendhearings oder großangelegten Befragungen wie der „1000-Stimmen-Befragung“ auch kleinere Workshops mit intensiven Arbeitseinheiten sein. Ein Beispiel hierfür ist das am 5. Mai 2024 stattgefundenene Jugendforum „adaptNow!“, in dem junge Menschen bei der Fortschreibung der NRW-Klimaanpassungsstrategie mitwirkten. Die Veranstaltung wurde vom Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr des Landes NRW organisiert. Dabei sollte mitgedacht werden, dass junge Menschen Sorge, Wut, Frustration, Depression, Trauer, Angst und ein Gefühl der Machtlosigkeit angesichts der Auswirkungen des Klimawandels auf ihr Leben empfinden (Ojala, 2015; UNICEF UK, 2013). Sie sind von Ängsten bezüglich der Klimakatastrophe sogar noch stärker betroffen als Erwachsene (Coffey et al., 2021).¹

4. Welche kurz- oder langfristigen Strategien, sollten ergriffen werden, um vulnerable Gruppen besser vor den Auswirkungen des Klimawandels, wie beispielsweise Hitzewellen oder Starkregenereignisse, zu schützen?

Aufklärung und Sensibilisierung für Verhalten in Katastrophenfällen an schulischen und außerschulischen Bildungs- und Jugendorten ist essenziell. Digitale Warnsysteme müssen junge Menschen dort erreichen, wo sie sind. Schulische und außerschulische Bildungs- und Jugendorte eignen sich für die Sensibilisierungen für die Installation von Warn-Apps. Für junge Menschen, die durch Krisen oder Katastrophen psychisch belastet oder traumatisiert sind, ist die Bereitstellung psychosozialer Unterstützung und Notdienste essenziell.

Innerhalb der Gruppe der Jugend gibt es mehrfach marginalisierte Gruppen, die besonderen Schutz benötigen oder erschwerten Zugang zu Hilfe haben: junge Menschen mit Behinderung², aber beispielsweise auch junge Menschen, die in prekären Wohnverhältnissen leben (schlechte Dämmung, Anfälligkeit für Hitze und andere Extremwetterereignisse) oder junge Menschen mit Zuwanderungs- und Fluchthintergrund (ggf. Sprachbarrieren). Besonders gefährdet sind außerdem Kinder, da sie auf Unterstützung erwachsener Personen in Notfallsituationen angewiesen sind. Im Notfall haben sie oft keinen direkten Zugang zu Ressourcen wie Geld, Transportmitteln oder Kommunikationskanälen.

¹ Ojala, M. (2015): Hope in the Face of Climate Change: Associations With Environmental Engagement and Student Perceptions of Teachers' Emotion Communication Style and Future Orientation. *The Journal of Environmental Education*, 46(3), S. 133–148

UNICEF UK. (2013). *Climate change: Children's challenge* (Climate Change Report)

Coffey, Y.; Bhullar, N.; Durkin, J.; Islam, M. S.; Usher, K. (2021): Understanding Eco-anxiety: A Systematic Scoping Review of Current Literature and Identified Knowledge Gaps. *The Journal of Climate Change and Health*, 3

² <https://www.zeit.de/gesellschaft/2023-07/behinderung-katastrophenschutz-barrierefreiheit-ahrta1>

Um junge Menschen mit Behinderung in Krisensituationen besser schützen zu können, ist Barrierefreiheit in Gebäuden essenziell, insbesondere, um barrierefreie Evakuierungswege sicherzustellen. Im Falle von gegebenenfalls auftretenden Sprachbarrieren sind mehrsprachige Bildungs- und Aufklärungsmaterialien, sowie Warn-Apps und Informationen in einfacher Sprache unterstützend.

5. Welche spezifischen Herausforderungen stellen sich für vulnerable Gruppen in Bezug auf den Zugang zu Ressourcen und Informationen während Krisen und Katastrophen und wie kann diesen Ihrer Erfahrung nach begegnet werden?

Junge Menschen informieren sich größtenteils digital über ihre Smartphones. Social Media kann neben der Aufklärung an Bildungs- und Jugendorten ein wichtiger Weg sein, um Informationen bereitzustellen. Sprachbarrieren müssen durch mehrsprachige und leicht verständliche Materialien überwunden werden.

6. Inwieweit verschärft der Klimawandel bestehende sozioökonomische Ungleichheiten und welche Bevölkerungsgruppen werden damit zukünftig (mehrfach) marginalisiert?

Der menschengemachte Klimawandel verschärft bestehende sozioökonomische Ungleichheiten. Junge Menschen aus ökonomisch marginalisierten Schichten sind aufgrund ihrer Wohnsituation anfälliger für Extremwetterereignisse und haben oft keine finanziellen Ressourcen für klimaangepasstes Wohnen. Junge Menschen mit Behinderungen sind aufgrund mangelnder Barrierefreiheit und erhöhter Abhängigkeit von externen Personen in Notfallsituationen besonders gefährdet.

7. Wie können lokale und regionale Initiativen in Deutschland dazu beitragen die Beteiligung und Mitbestimmung von vulnerablen Gruppen an Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsstrategien zu fördern?

Im Rahmen von Beteiligungsformaten können die betreffenden Akteure unter den jeweiligen vulnerablen Personengruppen Werbung für das Format machen, um möglichst hohe Teilnehmer_innenzahlen zu ermöglichen. Vernetzung zwischen betroffenen Personengruppen und Ministerien bzw. Verwaltungen ist ein weiterer zu nennender Punkt, ebenso wie die Streuung von Informationsmaterialien und das Sammeln und Ausformulieren der wichtigsten Forderungen und Bedürfnisse der Zielgruppe.

8. Wie können bzw. sollten Städte und Gemeinden in Deutschland ihre Infrastruktur und Dienstleistungen anpassen, um vulnerable Gruppen besser vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, wie beispielsweise durch Hitzeaktionspläne und verbesserte Notfallvorsorge? Welche Rolle kann dabei Digitalisierung übernehmen (Stichwort Smart City)?

Städte und Gemeinden sollten ihre Infrastruktur und Dienstleistungen anpassen, um vulnerable Gruppen besser vor den Auswirkungen des Klimawandels zu schützen. Dazu gehören barrierefreie Gebäude und mehrsprachige Informationsangebote. Klimaanpassungsmaßnahmen, die auf den besseren Schutz von Gebäuden und Wohnvierteln abzielen, dürfen nicht nur in einkommensstarken Stadtvierteln umgesetzt werden.

Bei Sammlung von Bevölkerungsgruppen in Notfallunterkünften (beispielsweise nach Überschwemmungen) ist eine geschlechtergerechte Perspektive notwendig. Getrennte Räume für (junge) Frauen als Schutzbereich vor Übergriffen und als sicherer Raum sind eine Möglichkeit, Frauen und Mädchen als besonders gefährdete Gruppe zu schützen. Die Bereitstellung von Menstruationsartikeln und die Beachtung der besonderen Situation von beispielsweise schwangeren Personen ist ebenfalls zu berücksichtigen.

9. Bitte nennen Sie die aus Ihrer Sicht fünf wichtigsten Punkte, die das Katastrophen- und Krisenmanagement in NRW in Bezug zu vulnerablen Gruppen verbessern würden. Bitte nehmen Sie dabei eine Priorisierung vor.

- Partizipation von Kindern und Jugendlichen bei der Erarbeitung von Maßnahmen im Katastrophen- und Krisenmanagement.
- Verstärkte Berücksichtigung von Kindern und Jugendlichen, die zu einer besonders marginalisierten oder gefährdeten Gruppe gehören: Kinder, junge Menschen mit Behinderung, junge Menschen mit Zuwanderungs- oder Fluchtgeschichte und junge Menschen mit ökonomisch marginalisiertem Hintergrund sowie junge Frauen und Mädchen.
- Informations- und Aufklärungsangebote an schulischen und außerschulischen Bildungs- und Jugendorten müssen intensiviert werden.
- Der Ausbau und die (Klima)Anpassung von städtischer Infrastruktur hinsichtlich des Schutzes vor Klimafolgen und Katastrophen darf sich nicht lediglich an erwachsenen, männlichen Personen ohne Behinderung als Standardzielgruppe orientieren. Junge, marginalisierte Personen müssen bei der Planung von Baumaßnahmen wie Fluchtwegen, besserer Klimaanpassung von Gebäuden und auch Kommunikationsmaßnahmen einbezogen werden.
- Informations- und Aufklärungsangebote (analog und digital) sollten mehrsprachig und in einfacher Sprache angeboten werden.

Der Landesjugendring NRW ist die Arbeitsgemeinschaft der derzeit 24 auf Landesebene anerkannten Jugendverbände, eines Anschlussverbandes sowie einem Mitglied mit Sonderstatus in Nordrhein-Westfalen. Er vertritt die Interessen der Jugendverbände und junger Menschen und engagiert sich in Grundsatzfragen der Kinder-, Jugend-, Bildungs- und Gesellschaftspolitik.